



Nicht nur Kinder, auch Hunde dürfen in Corona-Zeiten nicht in voller „Klassenstärke“ zurück in ihre Hundeschulen. Das stellte Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) in einer am Mittwoch vom Düsseldorfer Landtag veröffentlichten Antwort auf eine SPD-Anfrage klar. Einzelunterricht draußen sei aber weiter erlaubt, ebenso wie Hunde-Training ohne die Halter. „In dieser Form können zum Beispiel auch Welpen miteinander in Gruppen spielen.“ Die SPD hatte vor einer „Bildungslücke“ bei jungen Hunden gewarnt: „Gerade während des Lockdowns haben sich viele Haushalte junge Hunde angeschafft, die nun nicht ausreichend trainiert und sozialisiert werden können.“

FOTO DPA

zeitige
sollen,
Staats
über
nach
einem
er hat
des P
Angeh
len. D
ihrer

Das „Fahrradland“

BERLIN. Bis 2030 soll sich auf den deutschen Straßen einiges für Fahrradfahrer verbessern. Das hat sich Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer vorgenommen und einen Nationalen Radverkehrsplan durchs Kabinett gebracht.

Von Fatima Abbas

Lückenlose Radwegenetze und mehr Verkehrssicherheit – das wünschen sich viele Bürger, die im Alltag Fahrrad fahren. Zumindest ist es das, was sie mehrheitlich an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) herangezogen haben. Für die Strategie, die das Bundeskabinett am Mittwoch verabschiedete, hat das Ministerium erstmals mehr als 2000 Ideen aus der Bevölkerung gesammelt.

Herausgekommen ist der Nationale Radverkehrsplan 3.0, kurz NRVP. Er soll Deutschland zum „Fahrradland“ machen und dafür sorgen, dass Fahrräder und Autos künftig gleichberechtigt nebeneinander existieren. Es gehe jetzt darum, „aufzusteigen und loszufahren“, erklärte der Verkehrsminister.

Der Plan enthalte Strategien und Handlungsempfehlungen, die der immer größer werdenden Nachfrage nach Fahrrädern in

Deutschland gerecht werden sollen. Dazu gehören ein Ausbau von Fahrradparkplätzen, Radschnellwegen und überhaupt Radwegen sowie Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit, etwa über mehr geschützte Fahrstreifen.

Die Rahmenbedingungen sollen sich dem Plan zufolge so ändern, dass die Bürger in Deutschland bis 2030 anstelle von durchschnittlich 120 Wegen gut 180 Wege pro Jahr mit dem Rad zurücklegen. Das entspräche einem Anstieg von einer durchschnittlichen Weglänge von 6 Kilometern (statt bislang 3,7 Kilometern).

Der Ausbau von Infrastruktur soll auch dazu führen, dass Radfahren sicherer wird: Gegenüber 2019 soll die Zahl der im Verkehr getöteten Radfahrer bis Ende des Jahrzehnts um 40 Prozent sinken. Laut Ministerium wurden 2019 auf Deutsch-

lands Straßen rund 87.000 Radfahrer verletzt, 445 wurden getötet.

Der Bund investiere bis 2023 etwa 1,46 Milliarden Euro in den Radverkehr, erklärte Scheuer. Die finanzielle Förderung des Radverkehrs durch Bund, Länder und Kommunen solle sich perspektivisch an rund 30 Euro je Person und Jahr orientieren, heißt es im Plan. Das entspräche einer Verdoppelung gegenüber dem Jahr 2020.

Interesse gestiegen

Die geplanten Investitionen würden auch dem allgemeinen Interesse am Fahrrad gerecht, das in der Corona-Pan-

demie „sprunghaft angestiegen“ sei, sagte Scheuer. Nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums wurden im vergangenen Jahr fünf Millionen Fahrräder verkauft, zwei Millionen davon seien Elektroräder gewesen.

Der Fahrradclub ADFC würdigte die Pläne als „gelungenes Leitbild des Bundes für die Radverkehrsförderung der nächsten zehn Jahre“. Kritisch merkte der ADFC aber an, dass die Ziele bis 2020 nicht erreicht worden seien, weil Bekenntnissen zu spät Taten gefolgt seien. Die Menschen nutzen nach ADFC-Angaben im Jahr 2020 das Fahrrad für elf Prozent ihrer Wege. Mit dem letzten Nationalen Radverkehrsplan (NRVP 2020) hätte die Bundesregierung aber etwa 15 Prozent Radverkehrsanteil angestrebt, kritisierte der Verband.

„Vom Fahrradland Deutschland sind wir Stand heute noch Lichtjahre entfernt. Die Menschen fühlen sich beim Radfahren nicht sicher“, sagte die stellvertretende ADFC-Bundesvorsitzende Rebecca Peters.



80
Mühl
alter
heim
marl
rolle
verl
sant
star
(47)
Nac
vom
nior
tag s
kauf
len.
Jähri
te, h
lich



Rett
letzt

Staatsanwalt ordnet Obduktion an

Ein Fremdverschulden am Tod von Willi Herren soll ausgeschlossen werden

5
Aac
ein
ren
wic
Sch